Claudia Kraft

Geschichte im langen Transformationsprozeß in Polen

Im Jahr 1960 veranstaltete der Herder-Forschungsrat in Marburg eine Tagung unter dem Titel „Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa“. Gotthold Rhode hielt damals den Vortrag „Die Situation im polnischen Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein“. Eine seiner zusammenfassenden Bemerkungen lautete: „Das Erlebnis der Teilungen und die lang währende Teilungszeit gerade in dem großen Jahrhundert der Geschichtsschreibung und des Historismus bewirken für das polnische Geschichtsbewußtsein eine besonders intensive Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und eine große Aufgeschlossenheit für geschichtliche Kenntnisse in weiten Kreisen, ja die Einstellung, daß Kenntnis der eigenen Geschichte nationale Pflicht sei, dazu freilich auch einen gelegentlich fast grotesk anmutenden, das normale Maß übersteigenden Polonozentrismus.“¹ In der Diskussion fuhr er fort: „Was uns im heutigen Geschichtsbewußtsein Polens entgegentritt, ist eine weitgehende Unsicherheit, denn das marxistische Gedankengut ist wohl in die Geschichtsschreibung, aber kaum in das Geschichtsbild der Massen eingedrungen, die nicht recht wissen, was sie nun von der Vergangenheit Polens halten sollen.“²

Das erkenntnisleitende Interesse Rhodes war die Analyse der Bedeutung von tradierten Geschichtsbildern vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung des polnischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem abermaligen Systemwechsel des Jahres 1989 stellt sich die Frage, welche Rolle historische Bilder und Mythen aus kommunistischer, aber auch vor-kommunistischer Zeit für die Konzeptionalisierung der neuen Wirklichkeit spielen. Im angeführten Zitat stehen die ästhetische Komponente des „Geschichtsbildes der Massen“, die politische des Primats des Marxismus-Leninismus sowie die kognitive einer dem politischen Druck unterliegenden Geschichtswissenschaft relativ unvermittelt nebeneinander. Vor dem Hintergrund des seit etlicher Zeit zu beobachtenden Interesses an den Praktiken und Funktionen historischen Erin-

¹ *Gotthold Rhode*, Die Situation im polnischen Geschichtsbild und im Geschichtsbewußtsein, in: *Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates über die geistige Lage der ostmitteleuropäischen Völker*, hrsg. v. *Ernst Birke, Eugen Lemberg* (Marburg/Lahn 1961) 46–61, hier 54.

² Ebd. 92.

nerns bietet es sich an, diese Komponenten unter dem Begriff der Geschichtskultur zu fassen, mit der Betonung auf ihrer gegenseitigen Durchdringung und Beeinflussung³.

Der Rückgriff auf das Zitat aus dem Jahr 1960 erfolgt nicht von ungefähr. Betrachtet man „Transformation“ nicht nur unter dem Gesichtspunkt des politischen bzw. sozioökonomischen Umbaus einer Gesellschaft, sondern bezieht auch den Bereich kultureller Praktiken ein, die die Symbolkultur dieser Gesellschaft bestimmen, so wird man das Epochenjahr 1989 für den polnischen Fall eher als Ende denn als Beginn des Transformationsprozesses bezeichnen können. Es liegt daher nahe, das Wechselspiel zwischen der Geschichtspolitik, der Geschichtswissenschaft und dem in der Bevölkerung verwurzelten Geschichtsbewußtsein nicht nur für die Zeit der politischen und gesellschaftlichen Systemtransformation seit Ende der achtziger Jahre zu untersuchen, sondern auch die vorangegangenen Jahrzehnte zu betrachten, die durch immer wiederkehrende innenpolitische Krisen gekennzeichnet waren, während derer die Legitimität der Regierenden durch oppositionelle Bewegungen in Frage gestellt wurde. In seiner Untersuchung zur Entstehung der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ und zum Fall des Staatssozialismus in Polen entwickelt Jan Kubik die These, daß der Anfang vom Ende des letzteren mit dem Jahr 1976 anzusetzen sei. Der Oppositionsbewegung sei es seit diesem Zeitpunkt gelungen, durch ihre ausgebauten Symbolkultur eine kulturelle Hegemonie zu übernehmen, die für das gesellschaftliche System fast ebenso prägend war wie die reale, durch die polnischen Kommunisten verkörperte Macht⁴. Noch größere Plausibilität erlangt diese These, wenn man das Ringen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte um kulturelle Symbole und vor allem um die Erinnerung seit dem Kriegsende untersucht, wird dabei doch deutlich, daß

³ Dazu: Jörn Rüsen, Was ist Geschichtskultur?, in: Historische Faszination: Geschichtskultur heute, hrsg. v. Klaus Füssmann, Heinrich T. Grütter, Jörn Rüsen (Köln, Wien, Weimar 1994) 3–26; Ulrich Raulff, Von der Kulturgeschichte zur Geschichtskultur. Eine wissenschaftsgeschichtliche Skizze, in: Kulturbegriff und Methode. Der stille Paradigmenwechsel in den Geisteswissenschaften, hrsg. v. Klaus P. Hansen (Tübingen 1993) 133–148. Der polnische Historiographiehistoriker Andrzej F. Grabski unterscheidet sogar fünf gesellschaftliche Erscheinungsformen von Geschichte: wissenschaftliche, politische, didaktische und künstlerische Geschichte in je unterschiedlichen Erscheinungsformen und mit verschiedenen Zielsetzungen. Daneben konstatiert er das Vorhandensein einer „Alltagsgeschichte“ (*historia potoczna*), die das unreflektierte historische Bewußtsein der Bevölkerung ausdrückt. Das Schema wirkt statisch, da Grabski von einer klaren Trennung zwischen den ersten vier Formen, die kognitive Inhalte vermitteln, und dem quasi naturhaft vorhandenen gesellschaftlichen Geschichtsbewußtsein ausgeht, vgl. Andrzej F. Grabski, Historia a edukacja polityczna. Uwagi metodologiczne, in: Studia nad świadomością historyczną Polaków, hrsg. v. Jerzy Topolski (Posen 1994) 19–30. Eine reflektiertere Position vertritt die Soziologin Barbara Szacka, die umfangreiche empirische Untersuchungen zum „sozialen Gedächtnis“ (*pamięć społeczna*) der Polen angestellt hat, vgl. Barbara Szacka, Społeczna pamięć polskiej przeszłości narodowej w latach 1965–1988, in: *dies.*, Anna Sawisz, Czas przeszły i pamięć społeczna. Przemiany świadomości historycznej polskiej 1965–1988 (Studia nad świadomością historyczną 3, Warschau 1990) 8–119, hier besonders 8–18.

⁴ Jan Kubik, The Power of Symbols Against the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland (University Park 1994).

die Stärke der Oppositionsbewegung vor allem darauf beruhte, daß es den neuen Machthabern nach 1945 zu keinem Zeitpunkt gelang, der Gesellschaft ein einheitliches Geschichtsbild und einen Kanon des zu Erinnernden zu oktroyieren. Ein falscher Eindruck entstünde jedoch, wenn man hier eine dichotomische Trennung zwischen einerseits staatlich verordneten und andererseits gesellschaftlich akzeptierten Geschichtsbildern vornähme. Gerade auch für die ersten Nachkriegsjahre, als die Implementierung des neuen Systems gegen gesellschaftliche Widerstände erfolgte, sind Schnittstellen zu verorten, an denen sich die Geschichtspolitik des neuen Regimes als begrenzt anschußfähig für den Traditionskanon erwies, der im kulturellen Gedächtnis der Bevölkerung im Nachkriegspolen verankert war.

Der Einfluß, den die polnischen Kommunisten nach 1945 auf die Geschichtswissenschaft mittels aktiv betriebener Geschichtspolitik auf das offizielle Geschichtsbild der Volksrepublik auszuüben versuchten, war niemals umfassender Natur und stützte sich vor allem nicht ausschließlich auf ein marxistisch-leninistisches Weltbild. Die polnische Geschichte – oder besser ihre Repräsentation im gesellschaftlichen Bewußtsein – erwies sich als sehr widerständig gegen die Implementierung einer marxistischen Meistererzählung⁵. Allgegenwärtig blieb auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs das messianistische Bild von Polen als dem „Christus der Völker“, das im 19. Jahrhundert die wichtige Funktion erfüllt hatte, der von den drei Teilungsmächten unterdrückten Nation eine sinnstiftende Interpretation der eigenen, als krisenhaft empfundenen Geschichte zu verleihen. Nominell bei Kriegsende zwar auf der Seite der alliierten Sieger stehend, fand dieses Muster nun erneut Anwendung, paßte es doch auf die sozialen und politischen Realitäten einer durch Krieg und (doppelte) Besatzungsherrschaft erschöpften Nation, die sich im Machtbereich der Sowjetunion wiederfand. Die Funktion dieser aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Meistererzählung lag nicht so sehr darin, Orientierung für die Zukunft zu geben (hier wäre sie auch dem linear auf eine bessere Zukunft ausgerichteten Geschichtsbild des Marxismus-Leninismus unterlegen gewesen), sondern dem Bedürfnis der Bevölkerung entgegenzukommen, sich trotz erneuten Souveränitätsverlustes als zumindest „moralischer Sieger“ zu fühlen⁶.

Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, daß die beiden Darstellungsformen der Vergangenheit zu jeder Zeit in einem unauflöslichen Widerspruch zueinander standen und in jedem Fall eine Kommunikation zwischen dem neuen Regime auf der einen und der traditionellen Geschichtswissenschaft bzw. den traditionellen Erzählweisen der Vergangenheit auf der anderen Seite, verhindert hätten. Eine Schnittstelle, an der sich die Geschichtsbilder politischer bzw. gesellschaftlicher Antagonisten treffen konnten, war der Begründungsbedarf für die neue geogra-

⁵ Zum Konzept historischer Meistererzählungen siehe *Matthias Middell, Monika Gibas, Frank Hadler*, Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen, in: *Comparativ* 10 (2000) Nr. 2 (= Zugänge zu historischen Meistererzählungen) 7–35.

⁶ Siehe zur Bedeutung solcher Umdeutungen von Niederlagen *Wolfgang Schivelbusch*, *Die Kultur der Niederlage* (Berlin 2001).

phische Lage des polnischen Staates bei Kriegsende. Die kommunistischen Theoretiker der polnischen Westverschiebung verknüpften in ihrer Argumentation (geo)-politische mit sozioökonomischen Vorstellungen: Die territoriale Neuordnung nach dem Krieg entspräche der piastischen Konzeption der polnischen Geschichte, die den Vorzug habe, das Land vom Minderheitenproblem, das die Zweite Republik belastet habe, zu befreien. Zudem bringe es endlich eine sichere strategische Lage gegen den deutschen Aggressor und eröffne die Perspektive eines friedlichen Zusammenlebens mit den östlichen Nachbarvölkern. Wurde in diesem Interpretationsmodell die weit nach Osten ausgreifende jagiellonische Konzeption von der „Ausbeuterkaste“ polnischer Großgrundbesitzer getragen, so sah man im piastischen Polen den Vorläufer eines den Interessen der breiten Bevölkerung dienenden „Volkspolens“⁷. Für die in sich durchaus politisch ausdifferenzierte polnische Historikerkunft waren es in erster Linie das traumatische Erlebnis des Untergangs der Zweiten Polnischen Republik und die Erfahrungen des Krieges, die sie über alle Parteigrenzen hinweg für die piastische Konzeption plädieren ließ, um so zu einem *modus vivendi* mit der Nachkriegsrealität zu kommen. Politischer Realismus, der die territoriale Neuordnung von vor allem Stalins Gnaden als unausweichlich ansah, sowie ein durch den Krieg begründetes anti-deutsches Ressentiment hatten zur Folge, daß nicht nur Historiker, die dem Lager der Nationaldemokratie nahe standen, die Westverschiebung als sinnvoll betrachteten⁸. Diese Einmütigkeit erscheint besonders vor dem Hintergrund bemerkenswert, daß sich in der polnischen Geschichtsschreibung spätestens seit dem 19. Jahrhundert sehr häufig dichotomische Erklärungsmodelle gegenübergestellt hatten, die ihren synthetisierenden Darstellungen der Geschichte Polens einen jeweils spezifischen Sinn zu geben trachteten⁹.

⁷ Rafał Stobiecki, *Historia pod nadzorem. Spory o nowy model historii w Polsce* (II połowa lat czterdziestych – początek lat pięćdziesiątych) (Lodz 1993) 67–75.

⁸ Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts war es das politische Lager der *Narodowa Demokracja* (Nationaldemokratie) gewesen, das für eine Rückkehr des polnischen Staates in angeblich uralte polnische Gebiete in Pommern, Ostpreußen und Schlesien plädiert hatte. Begleitet wurde dieses Konzept von einer dezidiert antideutschen Ausrichtung. Zur Verbreitung dieses Konzepts in der Nachkriegszeit auch in anderen politischen Lagern innerhalb der Historikerschaft siehe Stobiecki, *Historia pod nadzorem* 62–66 sowie Andrzej F. Grabski, *Zarys historii historiografii polskiej* (Posen 2000) 202f.; zuletzt dazu auch Roland Gehrke, *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkriegs. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus* (Marburg/Lahn 2001). Die Studie irritiert jedoch zum Teil durch die Charakterisierung des Westgedankens als einem territorialen Expansionsprogramm, das bereits lange vor der geographischen Neuordnung Polens nach 1945 im polnischen politischen Denken und bei der polnischen Bevölkerung weit verbreitet gewesen sei.

⁹ Dazu etwa Piotr S. Wandycz, *Historiography of the Countries of Eastern Europe: Poland*, in: *The AHR* 97 (1992) 1011–1026. Neben der bereits angeführten piastischen bzw. jagiellonischen Konzeption wäre hier etwa die Suche nach den Gründen für die Teilungen Polens zu nennen, die manche Historiker ausschließlich im Expansionsstreben der Nachbarmächte, andere wiederum in den innen- und verfassungspolitischen Unzulänglichkeiten der späten Adelsrepublik sahen.

In der Bevölkerung herrschte aufgrund der Kriegs- und Besatzungserfahrung ohnehin eine antideutsche Stimmung vor, die die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung als Konsequenz der Westverschiebung und als einen Akt historischer Gerechtigkeit erscheinen ließ¹⁰. Auf weniger fruchtbaren Boden fiel die populistische Propaganda der Kommunisten, die die neuen polnischen Nord- und Westgebiete als „gelobtes Land“ für die dorthin umgesiedelte oder sich freiwillig niederlassende Bevölkerung deklarierte. Zu schlecht waren die Lebensbedingungen dort vor allem in den ersten Nachkriegsjahren, zu sehr schmerzte die ostpolnischen Ansiedler der Verlust ihrer Heimat jenseits des Bugs und zu wenig eingängig war die Rede von den angeblich uralten polnischen Gebieten, die nun wieder in Besitz genommen wurden¹¹. Nur ein geringer Prozentsatz der sich dort ansiedelnden Bevölkerung wird sich in dem von der Partei enthusiastisch verbreiteten Bild des „Pioniers“, der zur Etablierung des kommunistischen Systems in die „Wiedergewonnenen Gebiete“ aufbrach, wiedererkannt haben¹².

In der Langzeitperspektive war es vor allem das Argument der strategischen und geopolitischen Notwendigkeit der territorialen Neuordnung Nachkriegseuropas, das im polnischen Bewußtsein Wurzeln schlug. Stellvertretend mag dafür Stefan Kisielewski stehen, ein systemkritischer Schriftsteller und Journalist, der in den Jahren 1957 bis 1965 als Abgeordneter der katholischen Gruppierung „Znak“ (Zeichen) im polnischen Parlament saß. Dieser nicht der Regimenähe verdächtige Zeitzeuge beschrieb im Jahr 1990, wie er sich ein künftiges Polen vorstelle: in „logischen Grenzen“, mit Zugang zum Meer, natürlich ohne Kommunismus, aber auch ohne nationale Minderheiten, die er als Lokalkolorit abtat und für eine vor allem mit den ökonomischen Problemen bestimmter Regionen (v.a. Schlesien) verbundene Erscheinung hielt. Die Konferenz von Jalta bedeutete für ihn nicht allein den Beginn politischer Unfreiheit, sondern zugleich die Verortung Polens in einer „vernünftigen geographischen Lage“¹³. In ähnliche Richtung zielen die Aus-

¹⁰ Edward Dmitrów, Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948 (Warschau 1987); auch *ders.*, Vergangenheitspolitik in Polen 1945–1989, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej, Klaus Ziemer (Osnabrück 2000) 235–264, hier besonders 235–238.

¹¹ Włodzimierz Borodziej, Die neuen Nord- und Westgebiete Polens: eine Integrationsbasis von System und Gesellschaft 1945–1946?, in: Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Hans Lemberg, hrsg. v. Eduard Mühle (Tagungen des Herder-Instituts zur Ostmitteleuropa-Forschung 11, Marburg 2001) 173–182.

¹² Wenn überhaupt, war ein solches Selbstverständnis bei kommunistischen Funktionären zu beobachten, wovon zum Beispiel folgendes Sammelwerk zeugt: Trudne dni. Wrocław 1945 r. we wspomnieniach pionierów, hrsg. v. Mieczysław Markowski, 3 Bände (Breslau 1960–1962). Die Bände umfassen Berichte von Funktionsträgern in Politik und Verwaltung. Inwieweit ein solches „pionierhaftes“ Selbstverständnis auch bei den „einfachen“ Ansiedlern in den neuen polnischen Nord- und Westgebieten vorhanden war, müßte durch eine genauere Analyse der vielfältigen Memoirenliteratur, die während der Zeit der Volksrepublik Polen entstanden ist, überprüft werden.

¹³ Stefan Kisielewski, Komu potrzebna jest Polska?, in: Tygodnik Powszechny vom 4. März 1990.

führungen Rafał Stobieckis zum „West-Institut“ (*Instytut Zachodni*) in Posen, das nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich an der historiographischen Legitimierung der polnischen Westverschiebung beteiligt war. Der Autor erklärt, daß das Institut mit dem Marxismus nichts zu tun gehabt, hingegen aktiv die „politischen Notwendigkeiten“ des Landes unterstützt habe¹⁴. Während das sozioökonomische System somit als historisch bedingte Verirrung präsentiert wird, scheint es daneben eine angeblich überzeitliche geopolitische Ratio zu geben, der mit der Westverschiebung Rechnung getragen worden ist.

Die Kongruenz von kommunistischer Staatsräson, fachhistorischem Paradigmenwechsel und gesamtgesellschaftlicher Stimmungslage in bezug auf die territoriale Neuordnung soll aber nicht davon ablenken, daß das Regierungslager in zunehmendem Maße darum bemüht war, gegenüber der professionellen Geschichtswissenschaft in die ideologische Offensive zu gehen, um auf diesem Wege die geschichtspolitische Deutungshoheit im Land zu übernehmen. Allerdings traf die Einführung des Theoriegerüsts des Marxismus-Leninismus als einzig zulässiger wissenschaftlicher Methode, die Auswechslung bzw. zumindest Disziplinierung der professionellen Eliten sowie die Etablierung neuer Forschungseinrichtungen in der polnischen Geschichtswissenschaft auf Widerstände, die gerade im Vergleich mit der Wissenschaftspolitik in anderen staatssozialistischen Ländern die Spezifik des polnischen Wegs zum Kommunismus deutlich werden lassen¹⁵. Es war die mangelnde innerfachliche Autorität kommunistischer Historiker und vor allem ihre krasse Unterrepräsentation im Historikermilieu, die die Partei quasi ohne Verbündeten gegenüber der polnischen Geschichtswissenschaft dastehen ließ. Dennoch sahen sich die Historiker gerade seit der zunehmenden Etablierung eines autoritären stalinistischen Regierungsstils der offensiven Ingerenz staatlicher Stellen gegenüber, die neue innerfachliche wissenschaftliche Standards definierten und neue Institutionen wie etwa die Polnische Akademie der Wissenschaften (*Polska Akademia Nauk*) schufen, um die Durchsetzung dieser Standards zu forcieren¹⁶.

Interessant ist nun, wie die Historiker auf diesen Angriff auf ihre fachliche Autonomie reagierten. Aufgrund des Mangels an kommunistisch ausgerichteten Historikern konnte die Staatsmacht ihr neues wissenschaftspolitisches Programm nur in Kooperation mit den Teilen der fachlichen Eliten durchsetzen, die als „fortschrittlich“ galten. Es war somit die Partei, die Kompromisse anstreben mußte, aber es waren eben auch die nichtkommunistischen Vorkriegseliten, die bereit waren, diese Kompromisse einzugehen. Es war jedoch allein nicht diese Kompromißbereitschaft, die das Historikermilieu die Jahre des Stalinismus relativ unbe-

¹⁴ Stobiecki, *Historia pod nadzorem* 46.

¹⁵ John Connolly, *Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956* (Chapel Hill, London 2000).

¹⁶ Siehe dazu die Ergebnisse der im Jahr 1995 unter der Ägide des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften durchgeführten Umfrage unter 150 Historikern bezüglich ihrer Kontakte mit der Zensur vor 1989 in: Cenzura w PRL. Relacje historyków, bearb. v. Zbigniew Romek (Warschau 2000).

schadet überstehen ließ. Mindestens ebenso wichtig erscheint, daß sich das Milieu (*środowisko*) der Professorenschaft durch eine besondere Elitenidentität auszeichnete, die Wissenschaftler unterschiedlichster politischer Provenienz in ihrem Glauben an ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch vereinte. Prägender als politische Ansichten blieben in diesem Beziehungsgeflecht Lehrer-Schüler-Verhältnisse und persönliche Freundschaften, die sehr oft durch die Kriegserlebnisse noch gefestigt waren¹⁷. Daher überstand die Hochschullehrerschaft an den meisten Universitäten die Jahre des Stalinismus relativ unversehrt¹⁸. Bereits im Jahr 1954 waren erneut pluralistische Diskussionen über Theorien und Inhalte möglich. Dennoch war der Schaden enorm, den die Wissenschaftspolitik der regierenden Kommunisten – auch nach der zeitweiligen politischen Liberalisierung seit 1956 – anrichtete. Die Allgegenwärtigkeit staatlicher Einmischung hatte zur Folge, daß sich viele Historiker auf einen quellenbewehrten Positivismus zurückzogen, um sich vor der Kontamination durch marxistische Theorieansätze zu schützen¹⁹. Bald gab es thematisch bis einschließlich des 19. Jahrhunderts kaum mehr Tabus, zumal sich viele Historiker auf politisch wenig verfängliche Spezialstudien konzentrierten. Eine bedeutsame Ausnahme stellte hier jedoch die Tabuisierung der ostpolnischen Geschichte dar. Maximal in eng umgrenzten Spezialstudien war etwa eine Beschäftigung mit den östlichen Landesteilen der polnisch-litauischen Adelsrepublik zulässig. Strenger Kontrolle und Zensur unterlag jedoch weiterhin die Geschichte des 20. Jahrhunderts, vor allem was die Entstehung der Volksrepublik Polen sowie die polnisch-sowjetischen Beziehungen anbelangte²⁰. Das relativ ruhige Fahrwasser, in dem sich die Geschichtswissenschaft seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre bewegen konnte²¹, stand in einem starken Gegensatz dazu, wie Geschichte als Deutungssystem der Gegenwart von den regierenden Kreisen, aber vor allem von den oppositionellen Strömungen genutzt wurde.

In den ersten Regierungsjahren waren die polnischen Kommunisten bemüht, einen revolutionären Neuanfang des Staates zu demonstrieren, was sich in der Neukonzeption der Staatssymbolik sowie in der Abschaffung alter und Einfüh-

¹⁷ Ebd. 73 ff., 154 ff. Der Autor konstatiert zusammenfassend, daß es in den fünfziger Jahren gerade das Spektrum von Grautönen war, das die Kooperation zwischen Staatsmacht und Wissenschaft kennzeichnete. Damit schrieb sich dieses Kapitel polnischer Geschichte nicht in den traditionellen heroischen Diskurs von dichotomisch gedachter staatlicher Unterdrückung und gesellschaftlichem Widerstand ein, ebd. 289.

¹⁸ Ebd. 136–141.

¹⁹ *Rafał Stobiecki*, Between Continuity and Discontinuity: A Few Comments on the Post-War Development of Polish Historical Research, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 50 (2001) 214–229, hier besonders 222 f.

²⁰ *Andrzej Paczkowski*, Czarno-białe i biało-czarne, czyli o historii najnowszej historii, in: *ders.*, *Od sfalszowanego zwycięstwa do prawdziwej klęski. Szkice do portretu PRL* (Krakau 1999) 188–207.

²¹ Eine Ausnahme stellten hier die Säuberungen vor dem Hintergrund der antisemitischen Kampagne des März 1968 dar, auf die weiter unten noch einzugehen ist.

rung neuer Staatsfeiertage niederschlug. Gerade die Analyse der Feiertagspolitik enthüllt das Streben nach einem regelrechten „Ritual der Diskontinuität“, das zu einer Umwertung des bisherigen Geschichtsverlaufs beitragen sollte. Der 11. November, der an die Entstehung der Zweiten Polnischen Republik erinnerte, wurde als Staatsfeiertag abgeschafft, dafür der 22. Juli eingeführt, um dem politischen Gründungsakt der Volksrepublik Polen ein Denkmal zu setzen²². Die zunehmend krisenhafte innenpolitische Entwicklung seit den siebziger Jahren hatte zur Folge, daß sich die kommunistische Geschichtspolitik wandelte. In der Ära Gierek, die stark durch einen technokratischen Regierungsstil geprägt war, der vor allem das ökonomische Modernisierungspotential der Volksrepublik als historisches Verdienst der polnischen Kommunisten propagierte, dominierten in der öffentlichen Darstellung des Regimes zunächst Feierlichkeiten etwa zur Eröffnung neuer Industrieanlagen. Ein spezifischer sozialistischer Patriotismus sollte damit die historischen Errungenschaften des Staates würdigen. Als die Ineffizienz der Ökonomie zunehmend zu Tage trat, wurde diese Strategie in ihrer Glaubwürdigkeit erschüttert²³. Angesichts des Legitimationsverlustes, den das Regime mit jeder neuen Wirtschaftskrise erfuhr, änderten die Kommunisten die Praxis ihrer öffentlichen Inszenierungen: Statt der selektiven Auswahl historischer Ereignisse bediente man sich nun umfassend aus dem traditionellen historischen Kanon der Nationalgeschichte²⁴. Als aufmerksame Beobachterin der öffentlichen Stimmung glaubte die Staatsmacht sicher, so zu einer emotionalen (Wieder-)Annäherung an ihre Bürger zu gelangen. Dieses Konzept bedingte, daß sich „eine zunehmende Öffnung des offiziellen Geschichtsbildes für den traditionellen und in der polnischen Gesellschaft tief verwurzelten nationalen Geschichts- und Traditionskanon beobachten“²⁵ ließ.

Als die politischen und ökonomischen Krisen im Jahr 1981 in der Ausrufung des Kriegszustandes kulminierten, erfuhr die Hinwendung der Regierungskreise zu historischen Traditionsbezügen eine nochmalige Steigerung. Historische Allusionen traten nun nicht mehr nur auf der formalen Ebene der Symbolkultur zutage, sondern spielten zudem eine konkrete Rolle bei der Legitimierung der Politik des Regimes. So wollte man etwa die politischen und ökonomischen Reformen unter General Jaruzelski in ihrer Bedeutung an die Seite des Reformwerks der Maiver-

²² *Elżbieta Hałas*, Symbole publiczne a polska tożsamość. Zmiana i niejednoznaczność w kalendarzu świąt państwowych III Rzeczypospolitej, in: *Kultura i społeczeństwo* 45 (2001) Nr. 3–4, 49–67, hier 55–58; auch *Kubik*, *The Power of Symbols* 250; zur Begehung des Ersten Mais in den Jahren des Stalinismus *Paweł Sowiński*, Komunistyczne święto. Obchody 1 maja w latach 1948–1954 (Warschau 2000).

²³ Ebd. 31–74, 248f.

²⁴ *Marcin Zaremba*, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce (Warschau 2001) 352–382.

²⁵ *Rudolf Jaworski*, Kollektives Erinnern und nationale Identität. Deutsche und polnische Gedächtniskulturen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in: *Erinnern, verdrängen, vergessen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, hrsg. v. *Ewa Kobylińska*, *Andreas Lawaty* (Wiesbaden 1998) 33–52, hier 39f.

fassung des Jahres 1791 stellen²⁶. Indem man die Verfassung des ausgehenden 18. Jahrhunderts zur Vorläuferin der Reformen der achtziger Jahre machte, unterstrich man zum einen die dramatische Lage, in der sich der polnische Staat befand, und rückte sie zum anderen an die Seite eines historischen Bezugspunktes, der im Geschichtsbewußtsein der Bevölkerung eindeutig positiv konnotiert war. Als Höhe- und quasi Endpunkt dieser Strategie der umfassenden Aneignung der Nationalgeschichte durch die Regierungspartei kann man das Motto werten, mit dem die Staatsmacht im November 1988 des siebzigsten Jahrestages der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg gedenken wollte: „Volkspolen, unsere Partei erbt die gesamte Geschichte des Volkes.“²⁷ Nicht zuletzt das bald darauf folgende Ende des Regimes demonstrierte, daß die Partei trotz dieser weitgehenden Zugeständnisse im Bereich der Geschichtspolitik ihren Kredit in den Augen der Bevölkerung verspielt hatte, die von den politischen und vor allem ökonomischen Entwicklungen in der Volksrepublik immer mehr enttäuscht war und sich weder vom Weltbild des Marxismus-Leninismus noch vom unbeholfenen Patriotismus der Volksrepublik emotional angesprochen fühlte.

Attraktiver erwies sich demgegenüber ein spezifisch romantisches Paradigma der polnischen Kultur, das seit den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts vor allem in Krisenzeiten immer wieder zur Verständigung über eine als krisenhaft empfundene Gegenwart und als Leitmotiv für eine hoffnungsvollere Zukunft gedient hatte²⁸. Die polnische Literaturwissenschaftlerin Maria Janion, die dieses Paradigma am treffendsten charakterisiert hat, schreibt, daß sich „diese Kultur um kollektive geistige Werte wie Vaterland, Unabhängigkeit, Freiheit der Nation, Solidarität der Nation gruppiert“²⁹. Der Grundton dieses kulturellen Musters war ein martyrologisch-messianischer, der das Leiden des polnischen Volkes zu einer moralischen Auszeichnung für dieses werden ließ. Im zwanzigsten Jahrhundert fand dieser Diskurs nach Janion in drei Ereignissen seinen prägnantesten Ausdruck: im polnischen Unabhängigkeitskampf während des Ersten Weltkriegs, im Warschauer Aufstand des Jahres 1944 und im Ethos der „Solidarität“ 1980/81³⁰.

²⁶ Janusz Barański, Epos historyczno-ideologiczny. Gazetowa historia w służbie stanu wojennego, in: Konteksty. Polska Sztuka Ludowa 51 (1997) 94–104.

²⁷ Polska Ludowa, nasza partia dziedziczy całą historię narodu. Zitiert nach Paczkowski, Czarno-białe 192. Vgl. zur Beziehung der späten Volksrepublik zu historischen Traditionen auch Marcin Kula, Zupełnie normalna historia czyli dzieje Polski zanalizowane przez Marcina Kulę w krótkich słowach, subiektywnie ku pożytkowi miejscowych i cudzoziemców (Warschau 2000) 130–133; für die Perspektive auf nationalistisch konnotierte Legitimationsstrategien Zaremba, Komunizm 383–395.

²⁸ Vgl. dazu Marcin Król, Romantyzm. Piekło i niebo Polaków (Warschau 1998). Laut Król stellt die Romantik im polnischen Fall keine Kunstrichtung oder literarische Strömung unter vielen dar, sondern die spezifische Art der Polen, ihre Umwelt wahrzunehmen und nach ihrer Veränderung zu streben. Nicht die künstlerischen Inhalte der polnischen Romantik sind dabei von grundlegender Bedeutung, sondern die Rolle, die die Romantik für die Verständigung über die eigene historische Existenz spielt.

²⁹ Maria Janion, Zmierzch paradygmatu, in: *dies.*, „Czy będziesz wiedział, co przeżyłeś“ (Warschau 1996) 5–23, hier 9.

³⁰ Ebd. 10–12.

Tatsächlich war es der in die „Solidarität“ mündenden Oppositionsbewegung gelungen, dieses tradierte Leitmotiv in eine eigene Symbolkultur zu überführen, die auf die martyrologisch verklärte Geschichte des polnischen Volkes in den vergangenen 200 Jahren Bezug nahm. Mit eigenen Jahrestagen und Gedenkritualen, die die Nachkriegsgeschichte spätestens für die Zeit seit 1956 einem Kalendarium der „polnischen Monate“³¹ unterordnete, wurde ein Gegenentwurf zu der Erinnerungskultur geschaffen, die die Kommunisten seit 1944 zu implementieren versucht hatten. Indem sich die Oppositionsbewegung durch die Begehung von Jahrestagen oder die Errichtung von Denkmälern zur Erinnerung an vorangegangene Konfrontationen mit der Staatsmacht selbst historisierte und sich in den romantischen Diskurs einschrieb, praktizierte sie eine ganz spezifische Form des gesellschaftlichen Widerstandes: Sie wandte sich gegen die Versuche des Staates, im Bereich des kollektiven Erinnerns das Kontroll- und Deutungsmonopol zu erlangen. Während der 16 Monate der legalisierten „Solidarität“ (von August 1980 bis Dezember 1981) kam es zu einer regelrechten „Explosion des Gedächtnisses“³². Spätestens seit dieser Zeit hatte die Oppositionsbewegung einen „counter-hegemonic discourse“³³ gegenüber der Staatsmacht durchgesetzt. Dieser Diskurs meint ein Geschichtsbild, das Elemente der Romantik, eines polonozentrischen Katholizismus und universalistische zivilgesellschaftliche Entwürfe vereinte. Dieses ideelle Sammelsurium stellte eine Verbindung zur messianischen Weltsicht der polnischen Romantik her, diskreditierte die politischen Machthaber als „fremd“ und barg zugleich Entwürfe eines zukünftigen demokratischen Polens. Weniger politische und soziale Forderungen vereinten Oppositionspolitiker mit großen Teilen der Bevölkerung, sondern vielmehr das Streben nach einer als authentisch empfundenen „polnischen Kultur“. Die Verwurzelung dieser Kultur im oppositionellen und revolutionären Ethos der polnischen Geschichte sowie in der Symbolsprache des Katholizismus machte dieses Projekt nicht nur für intellektuelle Eliten, sondern auch für die breite Bevölkerung anschlussfähig. Ehe das System 1989 politisch überwunden war, galt es kulturell bereits etliche Jahre früher jeglicher Attraktivität und Legitimität beraubt³⁴.

Politisch nicht mächtig genug, um die bestehende Ordnung zu stürzen, aber kulturell dominierend, blieb die oppositionelle Symbolik nicht ohne Wirkung auf

³¹ Siehe dazu etwa *Marcin Król*, *Revolution, Restauration, Amnesie. Über das Gedächtnis in der postkommunistischen Zeit*, in: *Transit* 2 (Sommer 1991) 27–35, hier 30. Die „polnischen Monate“ rekurren auf die zahlreichen politischen und ökonomischen Krisen der Volksrepublik Polen, in deren Verlauf sich eine immer stärker werdende Oppositionsbewegung herausbilden konnte. Sie reichen vom Oktober 1956 über den März 1968 und den Dezember 1970 hin zum Juni 1976. Den Abschluß dieser Reihe bildet der August 1980, als die „Solidarität“ als unabhängige Gewerkschaft offiziell zugelassen wurde.

³² Diese Charakteristik bei *Bronisław Baczek*, *Polska czasów „Solidarności“ czyli eksplozja pamięci*, in: *ders.*, *Wyobrażenie społeczne. Szkice o nadziei i pamięci zbiorowej* (Warschau 1994, zuerst Paris 1984) 193–247; *Marcin Król* sieht die Polen in diesem Zeitraum als Teilnehmer „einer sechzehnmonatigen nationalen Messe“, *Król*, *Romantyzm* 52.

³³ So *Kubik*, *The Power of Symbols* 243.

³⁴ Ebd. 239 ff.

die Geschichtspolitik der Regierenden wie auch auf die gesellschaftliche Positionierung der professionellen Geschichtswissenschaft. Das politisch repressive Regime der achtziger Jahre ließ sich immer mehr auf den kulturellen Diskurs der Opposition ein: In seinem Ringen um gesellschaftliche Anerkennung traten sozialistisch motivierte Argumente bei General Jaruzelski mehr und mehr in den Hintergrund. Mit der Ausrufung des Kriegszustandes gab die Partei im Grunde genommen ihre Verantwortung an den Staat ab³⁵. Bei dem Versuch, den Kriegszustand als Rettungsversuch polnischer staatlicher Souveränität zu legitimieren, vollzogen die politisch Verantwortlichen eine bemerkenswerte ideologische Wendung: Sie warben bei der Bevölkerung um Unterstützung für ihr Vorgehen, weil der Staat ein vor ausländischer Invasion zu schützendes Gut war; und zwar nicht, weil er sozialistisch, sondern weil er ein polnischer Staat war – die Anspielung auf das über einhundert Jahre lange Fehlen dieses Staates klingt hier unverkennbar mit³⁶. In seiner Rückschau auf die Erinnerungskulturen in der Volksrepublik Polen ordnet der Essayist Marcin Król der Opposition das Gedächtnis als den ihr eigentlichen „Lebensraum“ zu, während er die Utopie für die kommunistische Macht reserviert sieht³⁷. Folgt man diesem Bild, so wird klar, wie weit sich die Staatsmacht in den achtziger Jahren von ihren ideologischen Wurzeln entfernt hatte. Mit der Oppositionsbewegung teilte sie – nicht zuletzt aufgrund der völlig verfahrenen innenpolitischen Situation und der nicht enden wollenden ökonomischen Rezession – die Flucht in die Geschichte³⁸. Während die Opposition jedoch in dieser Flucht ihre Identität stärkte, stellte sie sich für die Partei nur noch als ein Rückzug in die endgültige Niederlage dar: Soziologische Untersuchungen der 60er bis 80er Jahre belegen, daß der historische Kanon der polnischen Bildungsschichten einem steten Wandel unterlag. Personen oder Ereignisse, die in einem positiv konnotierten Zusammenhang mit der Volksrepublik standen, spielten kaum noch eine Rolle; immer populärer wurden wichtige Politiker der Zweiten Republik oder der Unabhängigkeitskampf gegen die Teilungsmächte im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts³⁹.

³⁵ So *Barański*, Epos historyczno-ideologiczny 94.

³⁶ Zu dieser Legitimationsstrategie vgl. *Zaremba*, Komunizm 385–387. Ein Beispiel dafür auch angeführt bei *Lech Trzeciakowski*, Der Einfluß des Teilungskomplexes auf die polnische politische Ideologie im 19. Jahrhundert, in: Historisches Bewußtsein und politisches Handeln in der Geschichte. Ergebnisse einer gemeinsamen Konferenz des Instituts für Geschichte der Adam Mickiewicz Universität Posen und des Historischen Seminars der Universität Hannover, 5.–9. April 1989, hrsg. v. *Jerzy Topolski* (Posen 1994) 93–103, hier 94.

³⁷ *Król*, Revolution 30.

³⁸ *Jaworski*, Kollektives Erinnern 40.

³⁹ *Szacka, Sawisz*, Czas przeszły i pamięć społeczna; dazu auch *Andrzej Paczkowski*, Peerełowska przeszłość w pamięci społecznej, historiografii i polityce, in: *ders.*, Od sfalszowanego zwycięstwa 208–225, hier 214; *Robert Traba*, Świadomość historyczna i postawy narodowe w Polsce po roku 1989, in: Fenomen nowoczesnego nacjonalizmu w Europie środkowej, hrsg. v. *Bernard Linek, Jörg Luer und Kai Struve* (Oppeln 1997) 155–163, hier 157 f.

Das Rekurrenieren auf die ausgebaute historische Symbolik blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Geschichtswissenschaft: Die Oppositionsbewegung hatte vorgemacht, daß aus dem Aufzeigen „weißer Flecken“ (d.h. historischer Tabuthemen) moralische Stärke in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Regime gewonnen werden konnte. Bei vielen Historikern erwachte in diesem Zusammenhang eine Art missionarischer Eifer, der sie sich ihrer Verantwortung für „Wahrheit und Nation“ bewußt werden ließ⁴⁰. Dabei kam es zu einem Verwischen der Grenze zwischen dem repräsentativen und dem wissenschaftlichen Gebrauch von Geschichte. Im Exil und im Untergrund entstanden zahlreiche Werke mit eher publizistischem oder propagandistischem Charakter, die sich methodologisch traditionell in den romantischen Diskurs einschrieben⁴¹. Wie es etwa Gotthold Rhode bereits für das 19. Jahrhundert beobachtet hatte⁴², litt auch nun nicht selten die wissenschaftliche Objektivität unter den spezifischen Produktionsbedingungen der Geschichtsschreibung. Dennoch wurden im Untergrund auch etliche wichtige und solide erarbeitete Werke zur jüngsten polnischen Geschichte publiziert. Die Regierenden wurden damit herausgefordert, ebenfalls verstärkt Forschungen zur Geschichte der Volksrepublik, ihrer Entstehung oder auch den polnisch-sowjetischen Beziehungen zu initiieren. Doch die Einsetzung von Kommissionen parteinaher Historiker konnte die Glaubwürdigkeit der Kommunisten nicht mehr stärken. Zu halbherzig betrieb man hier das „Entlügen“ der Geschichte. Zudem hatten sich unter den der Opposition angehörenden Historikern bereits zahlreiche Diskussionszirkel und Institutionen gegründet, die für das gesellschaftliche Interesse an der Zeitgeschichte eine weitaus wichtigere Rolle spielten⁴³.

Von großer Bedeutung nicht nur für die Institutionalisierung der oppositionellen Geschichtsschreibung, sondern auch für eine methodologische Innovation war das unabhängige Forschungszentrum „Karta“, das 1982 in direkter Reaktion auf die Verhängung des Kriegszustandes in Warschau entstand. Das Besondere dieser Einrichtung lag darin, daß sie ganz konkret nach den individuellen Schicksalen von Menschen vor dem Hintergrund diktatorischer Systeme fragte. Ihre Perspektive blieb dabei nicht auf polnische Erfahrungen beschränkt, sondern richtete sich auch auf andere Länder des kommunistischen Machtbereichs. Besonderes Augenmerk wurde auf die persönliche Überlieferung der Betroffenen gelegt: „Karta“ sammelte Selbstzeugnisse und führte Interviews durch, um den Opfern der Repressionspolitik in Polen und der Sowjetunion eine Stimme zu geben. Damit wurde nicht nur zur faktographischen Aufarbeitung bestimmter historischer Sachverhalte wie etwa der Zwangsumsiedlung der polnischen Bevölkerung aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten beigetragen. Zugleich

⁴⁰ Paczkowski, Czarno-białe 197 ff.

⁴¹ Stobiecki, *Between Continuity and Discontinuity* 224; Grabski, *Zarys historii* 239 f.

⁴² Rhode, *Die Situation im polnischen Geschichtsbild* 53.

⁴³ Paczkowski, *Czarno-białe* 198–203.

erhielten damit ganze Bevölkerungsgruppen erstmals überhaupt die Möglichkeit, ihr Schicksal zu thematisieren und es im kollektiven Bewußtsein zu verankern⁴⁴.

Als im Jahr 1989 der Niedergang des kommunistischen Regimes besiegelt wurde, hatte die Polarisierung zwischen der das romantische Paradigma als Markenzeichen benutzenden Oppositionsbewegung und dem abgewirtschafteten Regime ihren Höhepunkt erreicht. Im krassen Gegensatz zu diesem Schema des gesellschaftlichen „wir“ gegen „die da oben“ stand der am Runden Tisch ausgehandelte Systemübergang. Die Bemühungen der oppositionellen Eliten, diesen friedlichen Übergang zu einem Gründungsmythos des neuen Staates zu machen, schlugen fehl. Die erkämpfte Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg hatte im polnischen historischen Kanon einen Platz, nicht hingegen die auf Konsens beruhende Einigung mit den Kommunisten⁴⁵. Intellektuelle wie etwa Adam Michnik bemühten und bemühen sich weiterhin, den Abmachungen am Runden Tisch und der Politik des „dicken Strichs“ der Regierung Mazowiecki einen historischen Sinn zu geben, indem sie die Geschichte der Volksrepublik Polen als griechische Tragödie erzählen, in der auf beiden Seiten der Barrikaden moralisch untadelige Helden standen, die das Schicksal in Konflikt mit ihrem jeweiligen Moralkodex brachte⁴⁶. Kritiker halten diesen Versuchen entgegen, daß damit die politische und wissenschaftliche Aufarbeitung der kommunistischen Zeit verhindert und die Rolle der im Prinzip nur auf Machterhaltung bedachten kommunistischen Verhandlungspartner zu positiv gesehen werde. Zwar sei auch ihr Anteil an der Verständigung zu würdigen, doch könne man ihn nicht mit dem der Oppositionsbewegung gleichsetzen, deren Engagement auf „demokratischen und zivilisatorischen Werten“ beruhte⁴⁷.

Ungeachtet der Rollenzuteilung an die Verhandlungspartner des „Runden Tisches“ gelang es der ehemaligen Oppositionsbewegung nicht, ihren historischen Sieg über das kommunistische Regime etwa durch die Einführung eines Jahrestages im Kalendarium der Nation festzuschreiben⁴⁸. Je länger das Jahr 1989 zu-

⁴⁴ Vgl. zum thematischen und methodischen Profil die erste deutschsprachige Nummer der gleichnamigen Zeitschrift: Karta. Zeitzeugnisse aus Ostmitteleuropa. Historische Zeitschrift 1 (2000).

⁴⁵ Eine solche Bewertung im Sinne des romantischen Diskurses beschreibt Janusz A. Majcherek, *Odwrotna strona mitologii*, in: *ders.*, *W poszukiwaniu nowej tożsamości* (Warschau 2000) 28–38, hier 35. Dabei werde im kollektiven Gedächtnis die Bedeutung, die das polnische militärische Engagement im Ersten Weltkrieg für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit besaß, maßlos überschätzt, während der friedliche Ausgleich, der zum Sturz des kommunistischen Regimes 1989 führte, in seiner historischen Bedeutung herabgewürdigt werde.

⁴⁶ Agnieszka Magdziak-Miszewska, *Adam Michnik w roli Antygony*, in: *Więź* 44 (2001) Nr. 3, 12–13.

⁴⁷ So der ehemalige Oppositionelle Andrzej Wielowieyski in dem Interview: Juan Carlos Kiszczak? Z Andrzejem Wielowieyskim rozmawiają Zbigniew Nossowski i Tomasz Wiścicki, in: *Więź* 44 (2001) Nr. 3, 14–24, hier 17.

⁴⁸ *Hałas*, Symbole publiczne 64. In der Vorschau auf den zehnten Jahrestag des „Runden Tisches“ beklagte Polens größte Tageszeitung, daß keine Anstalten unternommen wurden, dieses Ereignisses seiner Bedeutung nach angemessen zu gedenken, siehe *Katarzyna Mont-*

rückliegt, desto mehr verwischt die damit bezeichnete Zäsur. Tatsächlich sind es ja gerade die Kontinuitäten aus der Volksrepublik wie die überkommenen ökonomischen Probleme oder spezifische politische Praktiken, die in den Jahren der Volksdemokratie internalisiert wurden, die noch immer stark die Lebenswelt des Landes prägen⁴⁹. Vor diesem Hintergrund hat die Strategie der politischen Eliten der ehemaligen Oppositionsbewegung, sich auf allgemeineuropäische politische Werte zu berufen, zu denen Polen nach der Überwindung des Kommunismus zurückgekehrt sei⁵⁰, nur wenig Attraktionspotential. Zehn Jahre nach dem „Runden Tisch“ mußte daher etwa Adam Michnik konstatieren, daß dieses Ereignis fast nur noch im Ausland positiv und als vorbildhaft wahrgenommen wurde, während im Inland kritische Stimmen, die den damaligen politischen Akteuren Verrat vorwarfen, dominierten⁵¹. In einer dezidierten Gegenbewegung zu dem in Polen als „revisionistisch“ bezeichneten Diskurs, der den Systemwandel in Polen als dessen Rückkehr zu allgemeinen zivilisatorischen Werten darstellen will, steht das Bemühen gerade der jüngeren politischen Eliten, die nicht am „Runden Tisch“ beteiligt waren, eine stärker nationalpolnisch konnotierte Kontinuitätslinie zu ziehen. Sie knüpfen historisch an die Zeit der polnischen Adelsrepublik oder an die Zweite Republik an. Den in der Oppositionsbewegung relativ stark vertretenen unorthodoxen Marxisten, die auch nach dem Jahr 1989 weiterhin sozialdemokratische Ideale vertraten, werfen sie vor, keine dezidierte Abgrenzung gegen das kommunistische Experiment nach 1945 vollzogen zu haben⁵². Neben dieser spezifischen Kontinuitätslinie betonten sie zudem die Bedeutung einer radikalen politischen, juristischen und wissenschaftlichen Abrechnung mit der volksdemokratischen Vergangenheit.

In dieser Auseinandersetzung haben beide Seiten ihr Recht: Wenn das Ende des Kommunismus die Rückkehr zu den Wurzeln der nationalen Identität bedeutet, wie der oppositionelle Diskurs immer suggeriert hat, dann stellt sich die Frage nach dieser Identität in der Demokratie. Die Furcht der oppositionellen Transformationseliten vor einem xenophoben Nationalismus ist nicht unbegründet⁵³. Das relativ abstrakte Verweisen auf zivilisatorische Werte jedoch, die nach dem Jahr 1989 zurückgekehrt seien, bietet vor der Tristesse des komplizierten politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses wenig Anziehungskraft für breitere gesellschaftliche Kreise. Auch im Ausland findet dieses elitäre Projekt zumindest bei den politischen Praktikern keinen großen Anklang, wie die Nichtberücksichtigung polnischer Politiker im Jahr 1999 anlässlich der Zehnjahresfeiern zum

gomery, *Konrad Niklewicz*, Duża rocznica, małe obchody. Zapomniane święto upadku komunizmu, in: *Gazeta Wyborcza* vom 19. Januar 1999, 4.

⁴⁹ Vgl. dazu etwa *Harald Wydra*, Continuities in Poland's Permanent Transition (Houndmills 2000).

⁵⁰ *Król*, Revolution 30.

⁵¹ *Adam Michnik*, Cud Okrągłego Stołu, in: *Gazeta Wyborcza* vom 6./7. Februar 1999, 1.

⁵² *Zdzisław Krasnodębski*, Generationswandel und kollektives Gedächtnis in Polen, in: *Erinnern, verdrängen, vergessen* 145–163, hier 158–161.

⁵³ So schon im Jahr 1990 *Adam Michnik*, Zwei Gesichter Polens, zwei Gesichter Europas, in: *Transit* 1 (1990) 185–189.

politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa belegte⁵⁴. Anders sieht es jedoch für den Bereich der Wissenschaften aus. In ihrer Suche nach einer „emotionalen Konvention“, die dem sich vereinigenden Europa zu einer übernationalen Identität verhelfen könnte, nennen Wissenschaftler gerade den „Mythos des Erfolges friedlichen Verständigungshandelns“, der den Umbruch in Osteuropa Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre erst ermöglichte und der als Gründungsmythos eines (wieder)vereinigten Europas in Dienst genommen werden könnte⁵⁵.

Diese Auffassung teilt man in Polen nicht unbedingt. Um anschlussfähig an eine übernationale europäische Ordnung zu werden, halten es führende polnische Intellektuelle zunächst für wichtig, mit den aus dem 19. Jahrhundert überkommenen mythologisierten Geschichtsbildern zu brechen. Als unabdingbar sehen sie dafür eine offene historische Aufarbeitungsdebatte an. Dazu heißt es etwa: „Es wäre ernsthaft zu überlegen, in welchem Grad die Veränderungen, die aus der ‚Abrechnung mit der Geschichte‘ folgen, für die moderne ‚Produktion‘ neuer Traditionen typisch sind. Es wäre ebenso ernsthaft zu überlegen, in welchem Grad die ‚Abrechnung mit der Geschichte‘ nötig ist, damit das kollektive Bewußtsein (als historisches Bewußtsein) im Einklang mit der gegenwärtigen übernationalen demokratischen Ordnung bestehen kann.“⁵⁶

Doch nicht nur in bezug auf die Europakompatibilität ist eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit für die polnische Demokratie unerlässlich: Die gegenwärtig wieder regierenden sich sozialdemokratisch nennenden Postkommunisten, die aus der ehemaligen Staatspartei hervorgegangen sind, haben nämlich nicht wenig Erfolg mit ihrer These, daß im Hinblick auf die Mentalitäten und Erfahrungen, die durch das sozialistische System geprägt wurden, mehr oder weniger alle Polen „Postkommunisten“ seien⁵⁷. In den geschichtspolitischen Ausführungen ihres Wahlprogramms wird darauf verwiesen, daß es nach Jalta keine andere Möglichkeit der staatlichen Existenz Polens als die eines kommuni-

⁵⁴ Aleksander Smolar, 1989 – Geschichte und Gedächtnis, in: *Transit* 20 (Winter 2000/2001) 15–43, hier besonders 17 f.; vgl. auch *ders.*, *Rewolucja bez utopii*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 25./26. August 2001, 9–11.

⁵⁵ Rien T. Segers, Reinhold Viehoff, Die Konstruktion Europas. Überlegungen zum Problem der Kultur Europas, in: *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, hrsg. v. Reinhold Viehoff und Rien T. Segers (Frankfurt a. M. 1999) 9–49, hier 47. Nach der Bedeutung historischer Konstrukte für die Ausbildung einer spezifischen nationalen Identität im Zuge des europäischen Einigungsprozesses hat bereits Jörn Rüsen gefragt, siehe Jörn Rüsen, *Geschichtskultur als Forschungsproblem*, in: *Geschichtskultur* (Jahrbuch für Geschichtsdidaktik 1991/92, Paffenweiler 1992) 46. In Polen selbst überwiegt nach mehr als zehn Jahren Transformationspolitik die Ernüchterung, wenn es um die Konstruktion einer gemeineuropäischen Identität geht. Diese habe es im Grunde genommen nur bis 1989 als Gegenbild zum Kommunismus gegeben, siehe dazu Marcin Król, *Am Rande Europas*, in: *Transit* 20 (Winter 2000/2001) 44–54, hier 47.

⁵⁶ Kazimierz Wóycicki, Opfer und Täter – Die polnische Abrechnung mit der Geschichte nach 1989, in: *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts* (Leviathan Sonderheft 18, Opladen 1998) 291–308, hier 303 f.

⁵⁷ Krasnodębski, *Generationswandel* 157.

stischen Staates im sowjetischen Machtbereich gegeben habe⁵⁸. Die Partei bedient sich dabei einer Argumentation, die das Kollektivsubjekt Staat über die Rechte und Freiheiten der Einzelnen stellt: in polnischen geschichtspolitischen Diskursen seit dem 19. Jahrhundert keine Seltenheit und beileibe nicht nur Argumentationsmuster der politischen Linken.

Auffallend ist, daß die Debatte darüber, wie mit der jüngsten Vergangenheit umgegangen werden soll, oft zwischen zwei Extrempositionen oszilliert, die auf je eigene Weise eine sachgerechte Aufarbeitung erschweren: Während auf der rechten Seite des politischen Spektrums davon ausgegangen wird, daß „das Volk“ im Grunde genommen für das von außen aufgezwungene Regime nicht verantwortlich gemacht werden könne, weigert man sich auf der linken Seite, das „System“ als solches generell zu verurteilen, da es auch für positive Entwicklungen und modernisierende Errungenschaften stehe⁵⁹. Der Kardinalfehler dieser Betrachtungsweisen besteht darin, daß die Volksrepublik Polen dabei als ein monolithischer Block betrachtet wird, ohne die Verantwortlichkeiten der jeweiligen Akteure näher zu beleuchten⁶⁰. Deutlich wird dies auch bei der Verwendung des Akronymes PRL (*Polska Rzeczpospolita Ludowa*, Volksrepublik Polen), das in den gegenwärtigen Debatten weniger den erst seit 1952 so bezeichneten Staat als vielmehr ein spezifisches Phänomen in toto bezeichnen soll⁶¹.

Die Debatten über die kommunistische Vergangenheit erhalten damit eher eine Stellvertreterfunktion: es geht in ihnen darum, welche Geschichtsbilder im gegenwärtigen Polen als paradigmatisch gehandelt werden sollen. Auf der einen Seite steht die geschickte Geschichtspolitik der Postkommunisten, die auf das Lebenswerk der Menschen verweist, die in der Volksrepublik gelebt und gearbeitet haben und die daher nicht zulassen wollen, daß diese Periode zu einer Leerstelle der polnischen Geschichte (unter der Chiffre PRL) wird⁶². Daß diese Argumentation nicht rein apologetischen Charakter hat, zeigen etwa die Ausführungen des Filmregisseurs Andrzej Wajda, der von Beginn an der „Solidarität“ nahe gestanden hatte. Er verurteilt den moralischen Rigorismus der ehemaligen Oppositionsbewegung. Heute sei es leicht, so führt er aus, zu fragen, ob die PRL ein polnischer Staat gewesen sei – aber habe es denn damals einen anderen gegeben⁶³? Solche re-

⁵⁸ Nina Kraśko, Sojusz Lewicy Demokratycznej – legitymacja przeszłości, in: O czasie, politykach i czasie polityków, hrsg. v. Elżbieta Tarkowska (Warschau 1996) 115–129, hier 117.

⁵⁹ Wóycicki, Opfer und Täter 293.

⁶⁰ Krzysztof Kiciński, PRL i dylematy historycznej pamięci, in: Demokracja po polsku, hrsg. v. Jacek Kurczewski (Warschau 1995) 18–31, hier 27.

⁶¹ Janina Frasz, Nazwa Polska Rzeczpospolita Ludowa, jej ekwiwalenty i derywaty we współczesnej polszczyźnie, in: Acta Universitatis Wratislaviensis. Politologia 20 (1996) 127–141.

⁶² Kraśko, Sojusz Lewicy Demokratycznej 117f.

⁶³ Andrzej Wajda, Tu było moje miejsce, in: Gazeta Wyborcza vom 25./26. März 2000, 10–13, hier 12; eine differenzierte Bewertung des Engagements für den Aufbau eines sozialistischen Polens nach 1945 auch bei Piotr Madajczyk, Verrat, Kollaboration, Passivität in der Geschichte der Volksrepublik Polen, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 3 (1999) Nr. 2, 185–213, hier besonders 204f.

flektierten Stimmen sind eher die Ausnahme. Noch immer spielen im historischen Bewußtsein der Polen Mythen „zur Erquickung der Herzen“ eine bedeutende Rolle, auch wenn man sie angeblich in Zeiten einer freiheitlichen Demokratie nicht mehr benötigt⁶⁴.

Aufgrund des ausgehandelten Systemübergangs, des Mangels an einer ausdifferenzierten Parteienlandschaft und des Charakters der ehemaligen Opposition als sozialer bzw. vor allem kultureller Bewegung dient die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit vor allem der Abgrenzung zwischen den ansonsten schwer zu unterscheidenden politischen und gesellschaftlichen Interessengruppen⁶⁵. Die Bevölkerung reagierte darauf in zweifacher Weise: Zum Teil schloß man sich dem im Post-Solidaritäts-Lager verbreiteten Denken an und huldigte einer vereinfachenden Dichotomie, die den kommunistischen Staat einer oppositionellen und zu keinen Kompromissen bereiten Bevölkerung gegenüberstellte. Gerade in den letzten Jahren ist jedoch zu beobachten, daß dieses dem romantischen Paradigma der polnischen Kultur entlehnte Erklärungsmuster seine Plausibilität verliert. Die zunehmende Kommerzialisierung der Kultur, die Vermischung von hoher und populärer Kultur spielen dabei eine wichtige Rolle⁶⁶. In manchen Analysen wird der Niedergang des romantischen Paradigmas begrüßt, da damit der Weg zu weltanschaulicher Pluralität und liberalen Gesellschaftsentwürfen geöffnet werde⁶⁷. Rasch hatte man nämlich erkannt, daß der moralische Rigorismus der ehemaligen Oppositionsbewegung, der soviel zur Delegitimierung der kommunistischen Staatsmacht beigetragen hatte, auch der Entstehung pluralistischer zivilgesellschaftlicher Strukturen entgegenstehen kann. Noch immer sind viele politische Akteure einem antikommunistischen Kollektivismus verhaftet, der die Legitimität jedweden anderen Standpunktes verneint und somit ein Lagerdenken propagiert, das der Entstehung einer diversifizierten politischen Öffentlichkeit entgegensteht⁶⁸. Auch wenn der symbolischen Identitätspolitik der „Solidarität“ das Verdienst zugesprochen wurde, die ökonomischen Härten der Systemtransformation abgefedert zu haben, konnte man nicht übersehen, daß damit die Entstehung eines ausdifferenzierten Parteiensystems und einer an prag-

⁶⁴ Der Publizist Janusz Majcherek kritisiert diese Anhänglichkeit an historische Mythen, gleichzeitig sitzt er ihr in gewisser Weise ebenfalls auf, indem er in seinen Ausführungen das Polen nach 1989 konsequent als „Dritte Republik“ bezeichnet und damit dem Ausschluß der Volksrepublik aus der historischen Chronologie (unbewußt?) das Wort redet, vgl. zum Beispiel *Majcherek*, *Poprawka z historii*, in: *W poszukiwaniu* 7–15.

⁶⁵ Sehr kritisch dazu *Barbara Misztal*, *How to Deal Not With the Past: Lustration in Poland*, in: *Archives Européennes de Sociologie* 40 (1999) Nr. 1, 31–55.

⁶⁶ *Andrzej Szpociński*, *Przemiany kultury polskiej lat dziewięćdziesiątych*, in: *Borussia* 18/19 (1999) 124–132; *Traba*, *Świadomość historyczna* 155.

⁶⁷ *Maria Janion*, *Szanse kultur alternatywnych*, in: *Res Publica* 1991, Nr. 3; *Dariusz Gawin*, *Od romantycznego narodu do liberalnego społeczeństwa. W poszukiwaniu nowej tożsamości kulturowej w polityce polskiej po roku 1989*, in: *Kultura narodowa i polityka*, hrsg. v. *Joanna Kurczewska* (Warschau 2000) 181–206.

⁶⁸ *Król*, *Romantyzm* 58 f.

matischen Sachfragen ausgerichteten Politik verhindert wurde⁶⁹. Wenn heute das Ende der postkommunistischen Epoche verkündet wird, dann nicht, weil diese Desiderata erfüllt wurden, sondern weil angesichts der Einbindung Polens in die Sachzwänge einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung die „Ererschöpfung des Solidaritäts-Mythos in einem kommerzialisierten Staat (wo das ‚Gemeinwohl‘ eine Ware ist)“⁷⁰ eingetreten ist.

Vordringliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft müßte es in dieser schwierigen gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationszeit sein, den oben skizzierten Haltungen gegenüber der Vergangenheit mit differenzierten Forschungen entgegenzutreten, um nicht nur „weiße Flecken“, die vor allem in der Zeitgeschichte zu verorten sind, aufzuarbeiten, sondern auch generell zu einer Entmythologisierung des Geschichtsbildes beizutragen. Dieser Aufgabe ist sie in den letzten anderthalb Jahrzehnten jedoch nur bedingt gerecht geworden. Die Gründe dafür sind sowohl fachimmanenter als auch äußerlicher Natur. Es wurde bereits erwähnt, daß die Wissenschaft nicht abstinenter gegenüber der historischen Symbolpolitik der Oppositionsbewegung blieb. Der polnische Opfermythos und eine gewisse Neigung, auch allgemeineschichtliche Themen im Lichte der „polnischen Frage“ zu sehen, machen die Spezifik des thematischen Repertoires der polnischen Historiographie aus. Als nach 1989 die Auffüllung der „weißen Flecken“ möglich wurde, geschah dies sehr häufig in einem Duktus, der mit ethnisch-nationalem Sentiment an den martyrologischen Mythos des traditionellen polnischen Geschichtsbildes anknüpfte und den Blick auf das Leiden anderer Nationen bzw. nationaler Minderheiten sowie auf die Rolle von Polen als Tätern verstellte⁷¹.

Bei der Untersuchung der jüngsten Geschichte (d.h. der Entstehung und Entwicklung der Volksrepublik) kommt hinzu, daß die Historiker sich nicht autonom von ihrem gesellschaftlichen Umfeld bewegten: seit 1956 war die polnische Historikerzunft weder institutionell noch personell eindimensional organisiert und nur noch bedingt politischen Repressionen ausgesetzt. Der professionelle Alltag gestaltete sich eher unspektakulär; weniger heroischer Widerstand gegen die Staatsgewalt, sondern das mühselige und zähe Ringen mit der Zensur über Inhalte und

⁶⁹ Aus der umfangreichen Literatur dazu vgl. *Grzegorz Ekiert, Jan Kubik*, *Rebellious Civil Society. Popular Protest and Democratic Consolidation in Poland, 1989–1993* (Ann Arbor 2000); *Elżbieta Hałas*, *Transformacja w wyobraźni zbiorowej*, in: *Imponderabilia wielkiej zmiany. Mentalność, wartości i więzi społeczne czasów transformacji*, hrsg. v. *Piotr Sztompka* (Warschau, Krakau 1999) 69–87; *Winfried Thaa*, *Interesse und Identität in den Transformationsprozessen Ostmitteleuropas. Zum Stellenwert symbolischer Ressourcen der politischen Demokratie*, in: *Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs: Transformationsforschung Zwischenbilanzen* 10 (1999) Nr. 1, 14–29; *Reinhard Vesper*, *Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß: Die Rolle der Solidarność*, in: *Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südosteuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost*, hrsg. v. *Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel* (Mainz 1997) 248–271.

⁷⁰ *Jadwiga Staniszkis*, *Postkomunizm. Próba opisu* (Danzig 2001) 251.

⁷¹ *Marek Ziolkowski*, *Pamięć i zapomnianie: trupy w szafie polskiej zbiorowej pamięci*, in: *Kultura i Społeczeństwo* 45 (2001) Nr. 3–4, 3–22, hier besonders 19; s. auch *Traba*, *Świadomość historyczna* 159.

Darstellungsformen kennzeichnete die Beziehungen zwischen mehr oder weniger regimefernen Historikern und den Behörden⁷². Die bislang im Großen und Ganzen ausgebliebene Auseinandersetzung mit der eigenen Fachgeschichte hat zur Folge, daß die Ausdifferenzierung, die auch im Historikermilieu vor dem Hintergrund politischer Konflikte eintrat, kaum thematisiert wird. Polnische Wissenschaftler etwa, die im März 1968 aufgrund der antijüdischen bzw. „antizionistischen“ Propaganda ihre Arbeitsplätze verlassen mußten, wurden offiziell Opfer innerparteilicher Auseinandersetzungen; noch sehr wenig ist darüber bekannt, welche Fachkollegen sie ersetzten und wie diese ihren beruflichen Aufstieg auf Kosten anderer beurteilten. Publikationen anläßlich des dreißigsten Jahrestages der Märzereignisse werfen ein erstes Licht auf diesen Themenkomplex⁷³. Gerade weil in den ersten Nachkriegsjahren und dann wieder seit 1956 das Verhältnis zwischen Historikern und Staatsmacht weniger durch planmäßige Repressionen und heroischen Widerstand, vielmehr durch gegenseitiges Dulden bzw. sich Arrangieren gekennzeichnet war, erhält die wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Zeit eine spezifische Note. Zwar gibt es inzwischen durchaus Studien zur Gesellschaftsgeschichte der Volksrepublik Polen, die sich von der Vorannahme befreit haben, der kommunistische Staat habe der Gesellschaft streng abgegrenzt gegenübergestanden, und die gerade die Grautöne im Beziehungsgeflecht Staat-Partei-Gesellschaft herausarbeiten. Nicht von ungefähr beziehen sich viele dieser Werke jedoch vor allem auf die Zeit des Stalinismus, während die Zustände der sechziger bis achtziger Jahre – bis zur Ausrufung des Kriegszustandes – bislang seltener untersucht wurden. Vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatten Fragen wie „War die Volksrepublik Polen ein besetztes Land?“⁷⁴ bzw. allgemein gehaltene historiosophische Erwägungen über den Charakter der Volksrepublik⁷⁵ unübersehbar Vorrang vor einer stärker ins Detail gehenden Betrachtung dieser Epoche, die Alltagsgeschichte, Strukturen von Kommunikation zwischen Regime und Gesellschaft oder Institutionengeschichte in den Blick nimmt. Ein Wandel tritt hier inzwischen allerdings ein⁷⁶, der sicher nicht zuletzt dadurch begründet ist, daß der

⁷² *Paczkowski*, Czarno-białe 193; vgl. dazu auch *Cenzura w PRL. Relacje historyków*; allgemeiner zum Funktionieren der Zensur *Aleksander Pawlicki*, *Kompletna szarość. Cenzura w latach 1965–1972. Instytucja i ludzie* (Warschau 2001).

⁷³ *Jacek Kochanowicz*: Marzec 1968 i życie intelektualne uniwersytetu, in: Marzec 1968. Trzydzieści lat później. Tom 1: Referaty, hrsg. v. *Marcin Kula*, *Piotr Osęka*, *Marcin Zaremba* (Warschau 1998); einen Einblick in die personelle Umgestaltung des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaft gewährt das Dokument „Sprawozdanie Mariana Drozdowskiego na temat sytuacji w IH PAN“ in dem Quellenband Marzec '68. Między tragedią a podłością, hrsg. v. *Grzegorz Sołtysiak* und *Józef Stępień* (o.O. 1998) 372–374.

⁷⁴ Dazu *Andrzej Friszke*, War die Volksrepublik Polen ein besetztes Land? Ein Historikerstreit, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 1 (1997) Nr. 1, 231–250.

⁷⁵ Einen Überblick darüber vermitteln etwa *Polemiki wokół najnowszej historii PRL*, hrsg. v. *Anna Magierska* und *Anna Szustek* (Warschau 1994), *Anna Magierska*, *Dylematy historii PRL* (Warschau 1995) oder *Spór o PRL* (Krakau 1996).

⁷⁶ So publizieren seit ca. drei Jahren zum Beispiel in der in Warschau erscheinenden Reihe „w krainie PRL“ („Im Reich der PRL“) vor allem Historiker der jüngsten Generation wichtige Synthesen zur Gesellschafts- und Alltagsgeschichte der Volksrepublik.

sich vollziehende Generationswechsel immer mehr Wissenschaftlern die Bürde abnimmt, ihre Forschungen vor dem Hintergrund eigener lebensweltlicher Erfahrungen im Realsozialismus zu betreiben⁷⁷.

Die Dominanz von Fragestellungen, die sich eher im traditionellen Rahmen politik- und ideologiegeschichtlicher Ansätze bewegen, war in den ersten Jahren der Systemtransformation sicher auch durch das gesamtgesellschaftliche Bedürfnis begründet, die als abgeschlossen angesehene Epoche der Volksrepublik mit normativen Urteilen zu versehen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß sich an diesen Debatten eine große Anzahl von Nicht-Fachhistorikern beteiligte. Ebenfalls ausschlaggebend für die spezifische Betrachtung der jüngsten Vergangenheit erscheint zudem ein spezifisches Methodendefizit, das die polnische Geschichtsschreibung kennzeichnet. Während der Volksrepublik Polen half den Historikern vor allem die ungebrochene Kraft des (aus der Vorkriegszeit überkommenen) Positivismus bei der Immunisierung gegen die Maxime, nur eine nach marxistischen Deutungsmustern betriebene Geschichtsschreibung besitze wissenschaftlichen Charakter. Vielfach flüchteten Historiker vor dieser eindimensionalen methodologischen Zumutung in das reine Sammeln und Kompilieren angeblich objektiv feststellbarer Fakten⁷⁸. Zwar war es nicht zuletzt die kreative Aneignung marxistischer Theorieansätze, die die polnische Geschichtswissenschaft nach 1945 auch international zu einem interessanten Gesprächspartner werden ließ, wie etwa Arbeiten von Witold Kula oder des der französischen Annales-Schule nahe stehenden Bronisław Geremek zeigen⁷⁹. Doch kennzeichnet die Situation seit 1989 nicht so sehr die pluralistische Aneignung unterschiedlicher methodologischer Konzeptionen, von denen die marxistisch inspirierte eine von vielen wäre⁸⁰, sondern ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber theoretisch-methodologischen Erwägungen. Nicht zuletzt der Wahrheitsanspruch, den die Bevölkerung nach der Überwindung des kommunistischen Systems und dessen Monopol der Weltdeutung an die Arbeit des Historikers stellt und dem man mit der Bereitstellung entsprechender Fakten Genüge zu tun glaubt, befördert diese Einstellung⁸¹. Besonders beunruhigend ist dabei die Beobachtung, daß nicht selten als „wahre Geschichte“ nun die anerkannt wird, die in diametraler Entgegensetzung zur „offiziellen Geschichte“ von vor 1989 steht⁸². Häufig sind es stilistisch leicht überarbeitete Positionen der vor 1989 im „zweiten Umlauf“ geschriebenen Geschichte, die heute zur neuen Lehrmeinung geworden sind⁸³. Zu recht ist darauf hingewiesen worden, daß damit statt einer Verwissenschaftlichung eine Politisie-

⁷⁷ Stobiecki, *Between Continuity and Discontinuity* 226.

⁷⁸ Stobiecki, *Historia pod nadzorem* 135.

⁷⁹ Ebd. 131; Grabski, *Zarys historii* 215.

⁸⁰ So etwa die Einschätzung von Jerzy Topolski, *Zwischen Dogma und Pluralismus. Die Historiker und der Staat in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Historisches Bewußtsein und politisches Handeln* 121–128, hier 128.

⁸¹ Middell, *Gibas, Hadler*, Sinnstiftung 8.

⁸² Grabski, *Zarys historii* 240.

⁸³ Magdalena Mikołajczyk, *Jak się pisało o historii ... Problemy polityczne powojennej Polski w publikacjach drugiego obiegu lat siedemdziesiątych i osiemdziesiątych* (Krakau 1998) 232.

rung unter anderen Vorzeichen eingetreten ist, die umso gefährlicher ist, da sie methodologisch völlig unreflektiert erfolgt⁸⁴.

Der Stellenwert, den historische Debatten heute vor dem Hintergrund veränderter politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen einnehmen, ist weiterhin hoch. Ein eindrückliches Beispiel dafür ist etwa die Auseinandersetzung über die Bewertung des Mordes von Polen an jüdischen Polen, der im Jahr 1941 im Dorf Jedwabne stattgefunden hat⁸⁵. Die Untersuchung der Ereignisse des Sommers 1941 zeigt deutlich, daß sich die Historikerkunft in einem prekären Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Aufarbeitung und Arbeit am nationalen Selbstbild bewegt. Erstaunlicherweise haben professionelle Historiker bislang zu dieser Debatte relativ wenig beigetragen. Die wichtigeren Beiträge lieferten Soziologen, Anthropologen oder Kulturwissenschaftler⁸⁶. Hier offenbaren sich vielleicht am deutlichsten die (methodologischen) Defizite, die die Geschichtswissenschaft nach den Jahren des autoritären Regimes belasten. In den Debatten geht es nicht allein um die faktographische Rekonstruktion der Ereignisse; sie zielen vielmehr auf den Kern des polnischen Selbstbildes, für das die romantische Opferperspektive noch immer eine wichtige Rolle zu spielen scheint. Selbst wenn die Quellengrundlage weniger unergiebig wäre, als es hier der Fall ist (stalinistische Verhörprotokolle, Aufzeichnungen von Überlebenden des Holocaust und äußerst sporadische Berichte deutscher Dienststellen), dürfte eine reine Kompilation von Fakten hier keinen Schlußpunkt bei der Bewertung der Ereignisse setzen⁸⁷.

Vielleicht ist es die noch immer wichtige Bedeutung von Geschichtsbildern für die Identitätskonstruktionen im gegenwärtigen Polen, die die Scheu der Historiker vor solchen Themen begründet, die das nationale Selbstbild prekär werden

⁸⁴ *Grabski*, *Zarys historii* 243–246; *Stobiecki*, *Between Continuity and Discontinuity* 225–228.

⁸⁵ Auslöser der Debatte war das Buch von *Jan Tomasz Gross*, *Śsiedzi: historia zagłady żydowskiego miasteczka* (Sejny 2000); die deutsche Ausgabe: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne* (München 2001).

⁸⁶ Die Beiträge der innerpolnischen Debatte in deutscher Übersetzung in: *Transodra* 23 (Dezember 2001): Die „Jedwabne Debatte“ in polnischen Zeitungen und Zeitschriften, hrsg. v. *Ruth Henning*. Eine weitere Sammlung von kurzen Stellungnahmen eher publizistischer Natur – darunter auch die einiger bedeutender polnischer Zeithistoriker – vereint der Band: *Thou Shalt Not Kill. Poles on Jedwabne* (Warschau 2001). Kurz nach Abschluß des Manuskriptes erschien allerdings die zweibändige Untersuchung zum Themenkomplex Jedwabne des Instituts für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*), in der wichtige Quellen und Aufsätze zum Thema versammelt sind, vgl. *Paweł Machcewicz*, *Krzysztof Persak* (Hrsg.), *Wokół Jedwabnego*, 2 Bde. (Warschau 2002).

⁸⁷ Zu der zum Teil naiv positivistischen Kritik an den Ausführungen Jan Tomasz Gross' in seinem Buch „*Nachbarn*“ vgl. *Bogdan Musiał*, *Thesen zum Pogrom in Jedwabne. Kritische Anmerkungen zu der Darstellung „Nachbarn“ von Jan Tomasz Gross*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 50 (2002) 381–411. Daß es in dem Diskurs über Jedwabne nicht allein um die faktographische Rekonstruktion der Ereignisse des Jahres 1941 geht, sondern auch um die Bedeutung der Art des Erinnerns dieser Ereignisse für die gegenwärtige politische Kultur in Polen erläutert *Frank Golczewski*, *Der Jedwabne-Diskurs. Bemerkungen im Anschluß an den Artikel von Bogdan Musiał*, ebd. 412–437.

lassen. Zwar hat die polnische Historiographie etliche historische Tabus in den letzten 10 oder 15 Jahren aktiv aufgegriffen. Am augenscheinlichsten ist dies in Bezug auf die Beziehungen der Polen zu ihren nationalen Minderheiten bzw. ihren unmittelbaren Nachbarn. Dies ist um so wichtiger, da das Bild eines mono-ethnischen polnischen Nationalstaats als logischer Endpunkt der polnischen Geschichte ungleich stärker in das öffentliche Geschichtsbild eingedrungen ist als das Hinauslaufen der polnischen Geschichte auf ein kommunistisches Staatsmodell – wobei auch hier die Breitenwirkung nicht vernachlässigt werden sollte: Die Protestbewegungen der siebziger und achtziger Jahre entzündeten sich zu einem guten Teil an den nicht eingelösten Egalitätsversprechungen der Partei⁸⁸.

Wenn es abschließend zu bewerten gilt, was das größte Defizit der historischen Forschung in Polen seit dem Systemwechsel ist, so sollte auf jeden Fall die mangelnde Auseinandersetzung mit der eigenen Fachgeschichte genannt werden. Das oberflächlich gesehen politisch relativ unversehrte Wirken der Zunft in der Volksrepublik sollte nicht zu der Annahme verführen, daß ihre Mitglieder frei von der Prägekraft von Geschichtsbildern gewesen sind, die auf die kommunistischen Machthaber, häufig aber auch auf geschichtspolitische Strategien der Vorkriegszeit zurückzuführen sind. Vielfach sind es gerade die „Leichen“, die noch aus vorkommunistischer Zeit im „Schrank“ des kollektiven Gedächtnisses aufbewahrt werden, die eine unheilvolle Verbindung mit den Mythen eingegangen sind, die sich in vierzig Jahren Volksrepublik verfestigen konnten⁸⁹. Beispielhaft läßt sich dies etwa an den Vorwürfen des „Renegatentums“ an die Vertreter des „offenen Regionalismus“ im ehemaligen Ostpreußen zeigen: die Kulturgemeinschaft „Borussia“, die sich der Erforschung der multiethnischen Traditionen dieser europäischen Region verschrieben hat und die sich sowohl gegen den Zentralismus aus der Volksrepublik wie auch gegen den neuen Nationalismus seit 1989 wendet⁹⁰, ist eines der Hauptangriffsziele einer Gruppe ebenfalls regionalgeschichtlich arbeitender Historiker, die (wieder) ganz offensiv mit der polnischen Staatsräson argumentieren, die die Wissenschaft zu verteidigen habe⁹¹. In diesem Konflikt zeigt sich die Kompatibilität nationaldemokratischer Geschichtspolitik aus der Vorkriegszeit zu den Konzepten der kommunistischen Macht hinsichtlich der positiv zu bewertenden ethnischen Einheitlichkeit der Volksrepublik.

⁸⁸ *Marcin Kula*, Polska 1980–1992: splot motywów społecznych i narodowych, in: *Przegląd Historyczny* 84 (1993) 221–231; *Kubik*, The Power of Symbols 243–253.

⁸⁹ *Ziółkowski*, Pamięć i zapomnianie 12–14 benennt vier solcher „Leichen“: die Polen vergessen den Beitrag anderer Ethnien zu ihrer Geschichte, sie minimieren Leiden der anderen bzw. sehen sich selbst nur als Opfer und vergessen, daß sie selbst auf Kosten anderer aus der Geschichte profitiert haben.

⁹⁰ *Traba*, Świadomość historyczna 160–163.

⁹¹ Kwestia dziedzictwa kulturowego ziem pruskich, bearb. v. *Jolanta Bierula*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2002 Nr. 1 (235) 123–136; *Włodzimierz Stępiński*, Konserwatyzm i etnocentryzm jako składowe niemieckiego odkrywania przeszłości Pomorza Zachodniego u schyłku naszego stulecia, in: *Pogranicze polsko-niemieckie. Przeszłość. Teraźniejszość. Przyszłość*. (Stettin 2001) 225–235; *Janusz Jasiński*, W obronie pojęcia „Warmia i Mazury“, in: *Zapiski Historyczne* 66 (2001) Nr. 4, 165–175.